A wie Ausbilden, Z wie Zuwandern

Haben Bremerhavens Parteien Konzepte gegen den Fachkräftemangel im Wahlprogramm? Was Experten sagen

VON MAIKE WESSOLOWSKI

Bremerhaven. Keine Termine beim Facharzt, ausgefallener Unterricht, das Lieblingsrestaurant bleibt zu - Fachkräftemangel sehen wir täglich. Haben Bremerhavens Parteien Konzepte, um den Mangel zu lindern oder abzuschaffen? Ein Blick in die Wahlprogramme.

AfD: Die AfD sieht die Gründe für den Fachkräftemangel im Bildungssystem. Macht aber keine konkreten Vorschläge, wie man Fachkräftemangel begegnet. Fordert mehr Polizisten.

BiW: Einen konkreten Punkt Fachkräftemangel gibt es nicht. Im Programm finden sich verschiedene Aspekte: gezielte Förderung von Existenzgründern, mehr Polizisten gefordert. Gebühren für das Erststudium abschaffen, größeres Studienangebot der Hochschule schaffen, um mehr Studierende und damit potenzielle Fachkräfte anzulocken.

Erzieher sollen pädagogisch geschulten Hilfskräften zur Seite stehen, um dem Personalmangel entgegenwirken. Mit einem kommunalen „Gesundheitsfonds“ soll Fachärzten, die sich in Bremerhaven niederlassen und eine Praxis eröffnen wollen, auf Antrag bis zu fünf Jahren Zuschüsse zur Finanzierung der Praxismiete und den Nebenkosten gewährt werden.

Meisterprämie für Gesellen mit Wohnsitz Bremerhaven

CDU: Einen konkreten Punkt Fachkräftemangel gibt es nicht. Mehr Polizisten werden gefordert. Bezogen auf Lehrer, Handwerk, Erzieher und Ärzte werden Details genannt: Vergütung für Lehrer an Niedersachsen anpassen, Programm für Lehramtsstipendien fortführen, nicht verausgabte Landesmittel für Lehrkräfte weiter zur Lehrkräftegewinnung einsetzen.

Meisterprämie für Gesellen mit Wohnsitz in Bremerhaven einführen, um die Bereitschaft der Fortführung der Ausbildung zu erhöhen, Fokussierung der Berufsschulen auf Klimatechnologien. Hochschulausbau, Räume für Start-ups in Green Economy, mehr Ausbildungskapazität für Erzieher an Berufsbildender Schule und in Zusammenarbeit mit freien Trägern. Arbeitslosen stärker den Weg zum ersten und zweiten Arbeitsmarkt ebnen.

In Anwerbung und Ansiedlung von Haus- und Fachärzten für Bremerhaven investieren, Medizinstipendium in Bremerhaven dauerhaft installieren, Einrichtung einer medizinischen Fakultät auf Landesebene unter Einbindung der Hochschule Bremerhaven sowie ansässiger Kliniken vehement einfordern, Kompetenzzentrum für Gesundheitsfachberufe in Bremerhaven (Pflegeakademie) am Klinikum Reinkenheide, Teilzeitausbildungsangebote in Gesundheitsfachberufen unterstützen, Ärztehäuser in allen Stadtteilen unterstützen.

ZUKUNFT DER STADT NZ Serie

Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild

Die Linke: Einen konkreten Punkt Fachkräftemangel gibt es nicht. Die Linke fordert Initiativen zur Gewinnung von Lehrkräften und ein Rahmenkonzept gegen Ärztemangel, Erhöhung der Azubis im Rettungsdienst.

Die Partei: Die Partei versteht sich als Satire-Partei und hat kein aktuelles Wahlprogramm auf ihrer Internetseite.

FDP: Für die FDP muss dem Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel auf zwei Wegen begegnet werden: substanzielle Verbesserung des Bremer Bildungssystems und qualifizierte Einwanderung (Einwanderungsgesetz mit Punktesystem nach kanadischem Vorbild). Vereinfachung und Beschleunigung der Anerkennungsprozesse für ausländische Berufsabschlüsse.

Zudem im Programm: Gründerförderung, mehr Polizisten, Gewinnung von Lehrkräften, unterstützende Teams unterschiedlicher Fachkräfte, Talentförderung, mehr Lehrerausbildung an der Universität Bremen, Praxislehrkräfte einstellen. Gezieltere Berufsberatung, Ausbau Hochschule.

Grüne: Mit einer arbeitsmarktpolitischen Neuausrichtung könne dem Fachkräftemangel begegnet werden, finden die Grünen. Kompetenzfeststellung - auch handwerklich-praktisch - bei Zugewanderten, Geflüchtete oder eingewanderte Menschen gezielt für Pflege- und andere Gesundheitsberufe gewinnen. Ausbildungsplatzabgabe gegen den Mangel an Ausbildungsplätzen.

Zentraler Campus für Gesundheitsberufe, neue Studienplätze im Bereich Gesundheit schaffen. Mehr Polizisten gefordert. Mehr Erzieher ausbilden nach Vorbild der dualen Ausbildung mit Vergütung. Kurzfristig: Stipendienprogramm für Auszubildende zur Erzieherin. Lehrkräfte: Qualifizierung für Quer- und Seiteneinsteiger fortführen, leichtere Übernahme ausländischer Lehrkräfte und des pädagogischen Unterstützungspersonals. Prüfen, ob Zugang für Quereinsteiger ausgeweitet werden kann, Ausbau des Stipendienprogramms,

Entlastungsstunden an Brennpunktschulen, Programme, um Lehrkräfte zu halten. Zur Bindung angehender Lehrkräfte prüfen, ob die Uni Bremen in der Hochschule Bremerhaven Lehrveranstaltungen anbieten kann. Das verhindere das „Auspendeln“, zum Beispiel nach Oldenburg.

Piraten: Kein Konzept zum Thema im Wahlprogramm, fordert mehr Polizisten.

SPD: Die SPD sieht in allen Schlüsselbranchen Fachkräftemangel. Dagegen helfen: attraktive Arbeitsbedingungen, Wertschätzung und gute Ausbildung - im Dialog mit Branchenvertretern will man Ziele vereinbaren. Man bemühe sich, ein attraktives Lebensumfeld zu bieten.

Fachkräfte fehlen überall - die Gastronomie ist nur ein Bereich von vielen. Foto: Büttner/dpa

Stipendien für pädagogische Ausbildungsberufe

Außerdem: Förderprogramme für neue Berufsperspektiven auflegen, Start-up-Einzelhandelsunternehmen fördern, Handwerk und Ausbildung (regenerative Energien und E-Mobilität/Berufsschulentwicklung) fördern. Duale Studiengänge schaffen, und die Hochschule müsse mit neuen (Master-)Studiengängen auf gesellschaftliche Herausforderungen reagieren. Investition in gute Bildung.

Ausweitung der Ausbildungsplätze an den sozialpädagogischen Fachschulen, Stipendien für weitere pädagogische Ausbildungsberufe, Qualifizierung aus Assistenzen zum Erzieher. Stipendien müssen in eine bezahlte Ausbildung münden.

Überlegung zur Teilzeitausbildung, Schaffung neuer Berufsbilder. Fortführung des Stipendienprogramms für Lehramtsstudierende, Quereinsteiger-Modelle, Forderung nach mehr Lehrerausbildung und Absenkung der Zugangsvoraussetzungen. Standortnachteile (Gehalt, Unterrichtsverpflichtung etc.) ausgleichen.

Landesausbildungsfonds beibehalten. Förderung für junge Menschen, die nicht in Berufe vermittelt werden können. Mehr Polizisten gefordert. Gesundheit: Kurzfristig attraktive Angebote für besondere Fachkräftebedarfe entwickeln und vermarkten.

Trägerübergreifendes Schulzentrum für medizinische Fachberufe. Einsatz für Realisierung des Medizinstudiums, Förderung durch Stipendien, Anpassung der Gehälter im öffentlichen Gesundheitsdienst.

Auch die Kommune muss Geld in die Hand nehmen

Das sagt der Deutsche Städtetag: Die Städte finden schon seit langem nicht genügend Fachkräfte in Deutschland. Eine kurzfristige Aus- und Weiterbildungsoffensive kann diese Notlage allein nicht auffangen. Die Stadtverwaltungen und städtischen Unternehmen stehen vor einem Generationenwechsel. Gut ein Drittel der Beschäftigten im öffentlichen Dienst scheidet in den nächsten zehn Jahren aus. Wer kümmert sich um unsere Älteren in den Pflegeheimen, um die Kranken in Kliniken, die Kinder in den Kitas und Schulen? Auch in technischen Bereichen, bei der IT oder im ÖPNV wollen die Städte viele

Bremerhaven wählt 2023

Tausende qualifizierte Menschen mehr beschäftigen. Die gibt es auf dem Arbeitsmarkt aktuell aber nicht. Und um die Klimaziele zu erreichen, brauchen wir ab 2025 zudem rund 400.000 zusätzliche Erwerbstätige aus Handwerk und Technik. Ohne helfende Hände und kluge Köpfe aus dem Ausland wird das alles nicht gehen.

Das sagt die Redaktion: Viele Parteien haben das Problem erkannt und haben Ideen aufgelistet, die sich auch kommunal - mit Unterstützung - umsetzen lassen. Gewisse grundlegende Entscheidungen werden auf Bundes- und Landesebene getroffen - da müssen sich die entsprechenden Abgeordneten einsetzen. Doch Beispiele aus anderen Bundesländern zeigen: Letztlich geht es um Geld. Auch Bremerhaven muss Bares in die Hand nehmen. Als Lockmittel für unverzichtbare Fachkräfte oder um für weiche Standortfaktoren zu werben.

Die Serie

- In der Serie **„Zukunft der Stadt“** widmen wir uns wichtigen Fragen, denen sich Bremerhaven aus Sicht der Redaktion stellen muss. Bis zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung am 14. Mai prüfen wir, inwieweit sich die derzeit im Kommunalparlament vertretenen Parteien in ihren Parteiprogrammen mit den Themen der Zukunft beschäftigen. Sind sie gut aufgestellt, um Bremerhaven für die nächsten Jahrzehnte fit zu machen?